

Antrag 2018/KL/05
Jusos RLP

Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung

Beim Thema Sicherheit auf Sachlichkeit und Fakten setzen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Als SPD müssen wir uns mit dem wichtigen Thema In-
- 3 nere Sicherheit auseinandersetzen. Dabei ist es jedoch
- 4 wesentlich, anhand von Fakten zu agieren und Maß-
- 5 nahmen zu ergreifen - und gerade nicht mit Reaktio-
- 6 nismus auf diffuse Ängste zu reagieren, die durch ein-
- 7 seitige Berichterstattung geschürt werden.
- 8 Forderung:
- 9 • angemessene Abwägung der Polizei-Bewaffnung
- 10 bzw. Reduktion stärkerer Bewaffnung der Polizei auf
- 11 das notwendige Maß
- 12 • und keine Aufstockung zugunsten eines vermeint-
- 13 lich erhöhten Sicherheitsgefühls
- 14 • verstärkte Aufklärung über Kriminalitätsstatistiken

15

16 Begründung

17 Innere Sicherheit war bei den meisten der vergange-
18 nen Wahlkämpfe eines der führenden Themen. Wir Ju-
19 sos sehen und wertschätzen das Bedürfnis der Men-
20 schen nach Sicherheit und sehen die wachsenden
21 Ängste im Zuge von Terrorangriffen. Eine Folge solcher
22 Sicherheitsdiskussionen sind die Aufrüstung der Waf-
23 fenausstattung der Polizei. Bei allem Verständnis für
24 die Unsicherheitsgefühle der Bevölkerung, allen eige-
25 nen Bedürfnissen nach Sicherheit und dem Verständ-
26 nis für die Bedürfnisse der Polizistinnen und Polizi-
27 sten selber, sehen wir diese Entwicklung allerdings mit
28 Sorge. Es gibt sicherlich Veranstaltungen und Veran-
29 staltungsformate in denen beispielsweise das Tragen
30 von Maschinenpistolen durch die Polizei sinnvoll ist,
31 allerdings fordern wir eine genaue und gewissenhaf-
32 te Prüfung der Notwendigkeit für jede Veranstaltung.
33 Leider zeigen Beispiele wie Orly, wo ein Attentäter ver-
34 suchte die Maschinenpistole einer Polizistin zu erlan-
35 gen, oder Leipzig, wo eine Maschinenpistole der Po-
36 lizei verloren ging, dass mit dem Vorhandensein sol-
37 cher Waffen automatisch eine zusätzliche Gefahren-
38 quelle hinzukommt. Darüber hinaus besteht bei ei-
39 nem Einsatz solcher Waffen eine hohe Gefahr für Kol-
40 lateralschäden. Wir sind den Polizistinnen und Polizi-
41 sten äußerst dankbar für ihren täglichen Einsatz zum
42 Wohle unserer Gesellschaft und uns ist bewusst, dass
43 unsere Sicherheitskräfte bestens für den Einsatz ent-
44 sprechender Waffen geschult sind, dennoch sind ge-
45 nannte Gefahren nie auszuschließen. Wir fordern des-
46 halb den Einsatz entsprechender Waffen auf ein abso-
47 lut notwendiges Minimum zu reduzieren. Zudem sor-
48 gen wir uns, welches Bild und welches Gefühl schwer
49 bewaffnete Polizistinnen und Polizisten bei Veranstal-

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

50 tungen wie Weihnachtsmärkten auslösen. Dem Ar-
51 gument, sich sicherer zu fühlen, weil eine entspre-
52 chende Präsenz besteht, steht die latente Unsicher-
53 heit entgegen, die durch den Eindruck der Notwendig-
54 keit solcher Maßnahmen erzeugt wird. Wir befürch-
55 ten hierdurch eine Implikation einer Bedrohungssi-
56 tuation, die im Sinne der Terror-Management-Theorie
57 (S. Solomon, J. Greenberg und T. Pyszczynski) zu ei-
58 nem erhöhten Bewusstsein der eigenen Sterblichkeit
59 führt. Diese Mortalitätssalienz (=Bewusstsein für ei-
60 gene Sterblichkeit) wiederum begünstigt Studien zu-
61 folge, dass Personen, die über andere Weltanschauun-
62 gen oder Kulturen verfügen, zur Zielscheibe von Vorur-
63 teilen und Ethnozentrismus werden können. (J. Green-
64 berg 2009: How our dreams of death transcendence
65 breed prejudice, stereotyping, and discrimination (S.
66 309-332)). Die induzierte Furcht vor dem Tod kann da-
67 zu führen, dass man auf die Einhaltung der Standards
68 der eigenen Kultur großen Wert legt, die Identifikati-
69 on mit der eigenen Gruppe zunimmt, Fremdgruppen
70 (Outgroups) deutlich ablehnt und Zusammengehörig-
71 keitsgefühle verstärkt wird. Dies wäre vor dem Hinter-
72 grund erstarkender rechtskonservativer Gesellschafts-
73 zweige fatal.